

Sächsischer Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs- teile 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 R., unter Eingeladn 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenkass., Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 278

Mittwoch, 30. November

1921

Die sächsische Regierung zur neuen Beamtenbesoldungsvorlage des Reichs.

(N.) Über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu der letzten Beamtenbesoldungsvorlage des Reichs sind in der Tages- und Hochpresse unrichtige Mitteilungen verbreitet worden. Es ist demgegenüber folgendes festzustellen:

Bei den vorbereitenden Besprechungen in Berlin hat sich die sächsische Regierung trotz Billigung der grundsätzlichen Absichten der Reichsregierung für eine ausreichende Erhöhung der Gehälter der unteren Beamtengruppen eingelassen. Zunächst sind denn auch die Grundgehälter dieser Gruppen bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den ursprünglichen Plan hinaus angehoben worden. Der sächsische Regierung erschien jedoch diese Erhöhung keineswegs ausreichend. Sie hat deshalb im Reichsrat zunächst zwei Anträge gestellt, um die Gehälter der unteren Gruppen über die Vorlage hinaus zu erhöhen, und zwar forderte der erste Antrag die Staffelung der Ausdehnungsschritte, beginnend mit 25 Proz. für die Gehaltsstufe der Gruppen I bis IV, der zweite die Festsetzung eines Mindesttarifniveaus, ebenfalls zugunsten der Besoldungsgruppen I bis IV. Beide Anträge wurden im Reichsrat gegen wenige Stimmen abgelehnt. Da somit die erstrebte Verbesserung der Vorlage nicht zu erreichen war, hat die sächsische Regierung im Reichsrat ihre Stimmen gegen das Gesetz abgegeben, während mit Ausnahme von Thüringen, das sich der Zustimmung nach Abgabe einer Protesterklärung enthielt, alle übrigen Länder für das Gesetz gestimmt haben.

Die politische Lage im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist gestern vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammengetreten. Von der Regierung waren der Reichskanzler und Außenminister Dr. Wirth, die Staatssekretäre Daniel, v. Sinsow und Schröder anwesend. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast vollständig versammelt. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Abg. Stinnes, der als Mitglied des Ausschusses ebenfalls an der Sitzung teilnahm. Es wurde zunächst der Stand der deutschen Welt und die Weltlage besprochen. Über die Balkanfrage wurden von Staatssekretär Schröder Erklärungen abgegeben, an die sich eine eingehende Besprechung knüpfte, in der auch der Reichskanzler das Wort ergriff. Selbstverständlich wurde damit im Zusammenhang auch die Anleihefrage erörtert, und von mehreren Rednern wurde der Versuch gemacht, den Abg. Stinnes zu Mitteilungen über seine Londoner Reise und ihre Ergebnisse zu veranlassen. Hugo Stinnes reagierte hierauf nicht. Später sprach er zwar, beschränkte sich aber auf die Erklärung, er sei lediglich in Privatangelegenheiten in London gewesen und könne darüber keine Mitteilungen machen. Auch der Reichskanzler konnte auf einen dahingehenden Hinweis nur erwidern, er vermöge in bezug auf die Reise des Hrn. Stinnes keine andere Erklärung abzugeben, als die, daß er Hrn. Stinnes hier im Ausschuss begrüße. Über die augenblicklich brennendste politische Frage, nämlich Washington, wurde nicht ausführlich gesprochen; das Thema wurde in den Ausführungen einzelner Redner zunächst nur leicht hin berührt. Später allerdings breitete sich die Ansprache immer mehr über alle großen Fragen der auswärtigen Politik aus. In deren Rahmen wurde auch die Frage der Befreiung der Postfachposten in Washington und Rom erörtert. Der Kanzler beantwortete eine Reihe von Fragen, darunter auch die wegen der beiden Postfachposten, indem er sagte, es stehe noch nicht fest, wie sie besetzt würden. Die erwartete Rede des Kanzlers über Washington unterblieb. Hugo Stinnes hat es bisher auch gegenüber den Mitgliedern der Reichsregierung abgelehnt, Mitteilungen über seine Verhandlungen in London zu machen.

Eine internationale Gewerkschaftsreise durch Deutschland.

Wir haben schon wiederholt in den letzten Tagen auf die Reise hingewiesen, die auf Einladung der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen und der deutschen Beamtenverbände eine Anzahl von Teilnehmern an der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf durch die deutschen Wirtschaftszentren unternommen hat, um die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und die Lebensbedingungen seiner wertvollen Bevölkerung zu studieren. Die Studiengruppe ist von dem früheren Reichswirtschaftsminister Wiffell als Führer begleitet.

Nach einem Aufenthalt in München, Nürnberg, Frankfurt, Köln, Gießen, Düsseldorf und Erfurt sind die Teilnehmer an der Reise nunmehr in Berlin eingetroffen. Wie in anderen Städten, so sollen auch in der Reichshauptstadt besonders die deutschen Werte besichtigt werden, deren Sonderstellung als Reichsberufsbetriebe und als Gegenstand einer besonders sorgfältigen Kontrolle der Ententeorgane die allgemeine Aufmerksamkeit erweckt hat. Zur Begleitung der Gäste veranstalteten die Spitzenverbände der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen vorseitern im Rheingold in Berlin einen Begrüßungsabend, zu dem Reichskanzler Bauer, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und Staatssekretär Hirsch erschienen waren. Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, hielt die Begrüßungsansprache. Besonders nachdrucksvoll legte er auf die Versicherung, daß das deutsche Volk, vor allem aber die deutsche Arbeiterklasse, die alle Kräfte setze, um die eigene Existenz zu sichern und die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, jeden Revanchegedanken ablehne. Es sei eine Unwahrheit, wenn behauptet werde, daß die Arbeiter Vorbereitungen für den Krieg zu fördern oder auch nur zu dulden bereit seien. Die Reise habe ihren Zweck erfüllt, wenn sie alle Teilnehmer von dem friedfertigen Charakter des deutschen Volkes überzeuge.

Unter den Reisebegleitern befinden sich neben Vertretern englischer, skandinavischer, französischer, italienischer und schweizerischer Zeitungen der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Léon Jouhaux, der Präsident und der Vizepräsident des kanadischen Gewerkschaftsbundes Tom Morce und Arthur Martel, der Arbeitsminister der Provinz Ontario, Poole, der

Unterstaatssekretär des kanadischen Arbeitsministeriums Gerald D. Brown, der Generalsekretär des englischen Eisen- und Stahlarbeiterbundes, Arthur Pugh, Prof. Dr. Nakaya aus Tokio und der Präsident des japanischen Arbeitgeberverbandes und der Handelskammer Tokio, Seiji Yoshino, Nicolas de Fridman-Kochetkoi als Vertreter der nordamerikanischen Kreditorganisation der Landwirtschaft, und Alex. Colley Limphod von der amerikanischen Handelskammer in Paris, Joseph Giuseppe Bianchi vom italienischen Gewerkschaftsbund und schließlich der Präsident des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes Crawford und seine Gattin, die das Amt des zweiten Bürgermeisters von Johannesburg bekleidet.

In zwangloser Ansprache gab sich bei diesem Begrüßungsabend Gelegenheit, mancherlei Kenntnisse und Erkenntnisse auszutauschen. Uebereinstimmend wurde von den in Paris anwesenden Amerikanern und Neuzulandern berichtet, daß man in Deutschland den Einfluß Frankreichs auf die Entente-Entscheidungen überzeuge. Frankreich erscheine häufig als verantwortlich für Aktionen, deren treibende Kraft in Wahrheit England sei.

Von Berlin aus gedenkt sich die Studiengruppe zunächst nach Hamburg und von dort aus noch in einige andere norddeutsche Städte zu begeben.

Western besuchten etwa 40 Teilnehmer dieser Studiengruppe in Genf die Deutschen Werke in Spandau und Hagenhorst. Unter Führung von leitenden Persönlichkeiten und Mitgliedern des Betriebsrats der Werke wurde ihnen ein großer Teil der jetzt wieder in lebhafter Produktionsfabrikation begriffenen Werksstätten gezeigt und besonders auch ihr Augenmerk auf die Teile der Werke gerichtet, die durch die letzten Maßnahmen der Internationalen Kommission zum Stillstand oder zur Herabsetzung verurteilt sind. Dem dunkeren Grund, den die vielen stillstehenden Maschinen und die zahlreichen gesprengten Gebäude hervorriefen, konnten sich auch die ausländischen Besucher nicht entziehen. Aber all das, was ihnen gezeigt wurde, bewies erneut, daß die Umstellung der ehemaligen Feindeswerksstätten auf Produktion von Friedenserzeugnissen harmloserer Art vollständig durchgeführt und eine Wiederaufnahme der Herstellung von Kriegsmaterial ohne jahrelange Vorbereitungen gänzlich unmöglich ist.

Der Streit um die Verteilung der Reparationen.

Die der „Temps“ mitteilt, hat die englische Regierung vor einiger Zeit eine Note in Paris überreichen lassen, in der sie die französische Regierung um Aufklärung ersucht, auf welche Weise sie im Falle der Durchführung des Wiesbadener Abkommens die Interessen der übrigen Gläubiger Deutschlands sicherzustellen beabsichtige. Die Note weist ferner darauf hin, daß infolge des französischen Widerstandes das Finanzabkommen vom 13. August, das die Verteilung der von Deutschland gezahlten ersten Goldmilliarde zwischen den Beteiligten zum Ziele hatte, noch immer nicht ratifiziert sei, und daß nach Ansicht der englischen Regierung vor der endgültigen Regelung dieser Frage kein anderes auf die Reparationen bezüglichen Abkommen besprochen werden könne. Die Antwort der französischen Regierung soll bereits vor drei Wochen nach London abgegangen sein. Der „Temps“ behauptet, ihren Inhalt nicht zu kennen und betont, daß die Ausführungen, die er an diese Mitteilung knüpft, lediglich seine eigene Meinung wiedergeben. Man wird aber kaum fehlgehen in der Annahme, daß diese Meinung des Blattes nicht mit der der offiziellen französischen Stellen deckt, weshalb auch ihr das Hochstehende wiederzugeben kein Mühe.

Der „Temps“ legt zunächst Wert darauf, zum soundsovielten Male zu versichern, daß das Wiesbadener Abkommen nichts weniger als vorteilhaft für Frankreich sei, und daß die französische Regierung, die mit der Zustimmung zu den Sachleistungen lediglich Deutschland die Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen habe erleichtern wollen, ein Opfer im Interesse der Alliierten gebracht habe. Wenn diese anderer Ansicht seien, so sei Frankreich jederzeit bereit, von dem Abkommen zurückzutreten und darauf zu bestehen, daß Deutschland sich seiner Reparationspflicht in der entliege. Im übrigen hätte der englische Girmand, daß

Frankreich infolge des Wiesbadener Abkommens in den nächsten Jahren mehr erhalten als ihm zustehe, während die anderen Gläubiger unter Umständen nicht einmal den ihnen zukommenden Anteil erhielten, im Augenblick nur adaltemischen Wert. Der Anteil Frankreichs an den deutschen Jahreszahlungen betrage ungefähr 1500 Mill. Goldmark. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Deutschland in entsprechender Höhe Waren und Materialien liefern könne. Bedeutend schwerer sei die englisch-französische Meinungsverschiedenheit wegen des Finanzabkommens vom 13. August. Frankreich table an diesem Abkommen besonders, daß es zu Frankreichs Nachteil Grundzüge und Bestimmungen anwende, die man in anderen Fällen nicht besetzt habe. Während das Abkommen Frankreich den Gegenwert der Saarbergwerke anrechne, sei das bei anderen Vermögensobjekten, die andere Alliierte aus der deutschen Masse erhalten hätten, nicht der Fall. So seien dem allgemeinen Reparationsfonds allein 300 Millionen Goldmark dadurch entzogen worden, daß man die Kohlen, die einzelne der Alliierten aber den ihnen zustehenden Anteil erhalten hätten, abzurechnen verweigert habe. Es habe wenig Zweck, sich heute über diese Einzelheiten zu unterhalten. Entscheidend sei vor allem die Tatsache, daß Frankreich von der ersten deutschen Goldmilliarde nichts erhalten solle, und daß es infolge der Priorität Belgiens von den am 15. Januar und 15. Februar n. J. fälligen Zahlungen ebensowenig erhalten werde. Frankreich wolle nicht an belgische Rechte rühren. Es erhebe nur die Frage, ob es zulässig sei, daß es bei der Verteilung der deutschen Darlehen völlig leer ausgehe, obwohl man in Kreisen der Alliierten ganz offen der Ansicht Ausdruck gebe, daß diese Zahlungen auf lange Zeit hinaus vielleicht die letzten sein würden.

Deutschlands Einladung nach Washington.

Die amerikanische Diplomatie hat sich von jeher durch eine Großzügigkeit ausgezeichnet, die außer etwa von England von keinem Lande der Welt je erreicht wurde. Sie begnügt sich nicht mit kleinen zeitlichen Erfolgen, sie stellt vielmehr Perspektiven von langer Sicht in Rechnung und erzielt damit Wirkungen, die durch die glänzende Vorbereitung aller Einzelheiten selbst dann überdauern, wenn der Betrachter der leidende Teil ist. Diese Methode verleiht den amerikanischen Staatsmännern zugleich die Möglichkeit, bei ihren Unterhandlungen eine schneidende Offenheit an den Tag zu legen, die man auf den ersten Blick als Naivität zu deuten verneint, bis man eines Tages gewahr wird, daß diese vermeintlich offene Kartenpolitik nur die Aufgabe hatte, die Trümpfe, die Amerika in der Hand hat, nach außen hin zu verdecken. Auf der anderen Seite verleiht die freimütige Art des politischen Ausdrucks den Leitern der amerikanischen Politik die Möglichkeit, mit gewissen Worten zu spielen, die dem Verstande des gemeinen Mannes in allen Ländern schmeicheln und dadurch der amerikanischen Regierung einen Rimbuss verleihen, der ihrer Autorität im Munde der Völker zugute kommt. Auf diese Weise kann heute die amerikanische Union selbst in rein europäischen Fragen eine Bedeutung für sich in Anspruch nehmen, die ihr in der Vorkriegszeit nicht zugemessen werden konnte. Alle Blicke sind heute nach Washington gerichtet, wo Fragen der großen Politik zwar nicht durch die amerikanische Regierung allein entschieden, aber doch wesentlich beeinflusst werden sollen durch das moralische Gewicht, das die Vereinigten Staaten auszuüben vermögen. Nur Amerika konnte es wagen, mit dem drohenden Antrage einer allgemeinen Fortensdrückung vor die übrigen Mächte zu treten, nur Amerika konnte die Initiative zur Regelung der Fragen des fernsten Ostens und des Stillen Ozeans ergreifen, nur Amerika kann eine wirksame Regelung der Landobristung und der sonstigen großen internationalen Probleme, die durch den Versailler Friedensvertrag aufgeworfen worden sind, in Szene setzen.

Jeder andere Verbündeter, der es gewagt haben würde, aus der Allianz auszuweichen und einen Sonderfrieden mit Deutschland abzuschließen, würde sich der schwierigsten Lage gegenüber den anderen Verbündeten ausgesetzt haben. Amerika aber konnte diesen Schritt unternehmen, ohne die geringste Gefahr, an seinem Prestige etwas einzubüßen. Im Gegenteil, sein selbständiges Vorgehen hat seine Autorität unter den Mächten noch erheblich gehärtet. Dasselbe gilt von seiner Haltung gegenüber dem Völkerbund, von dem es sich geschildert ferngehalten, und den es dadurch recht eigentlich zum bloßen Dasein eines Kumpfparlamentes verurteilt hat. Das Streben der Washingtoner Regierung ging von jeher darauf aus, einen neuen Rat der Völker zu schaffen, der mehr dem Ideal entspricht, das man sich in Amerika von dem gemeinsamen Wirken der Mächte zum Nutzen des Wiederaufbaues der Welt gemacht hat. Diesem Ziele ist die amerikanische Regierung jetzt, wie es scheint, erheblich nähergekommen. Mit nicht geringer Überraschung sehen sich die Teilnehmer der Washingtoner Konferenz vor der Tatsache, daß sie im Grunde genommen zusammengerufen worden sind, um die Gründung eines neuen Weltparlamentes Vorparlamentes zu leisten, in dem es keine durch irgendwelche egoistische Motive ausgeschlossenen Staaten mehr geben wird. Die jetzige Konferenz soll mindestens alljährlich eine Fortsetzung in Washington finden, auf der die großen Fragen der internationalen Politik geregelt werden sollen. Auch Deutschland, das der Genfer Völkerversammlung auf Wunsch Frankreichs bisher nicht angehört durfte, wird zu dieser neuen Liga der Nationen eingeladen werden, und so wird eines Tages der völlige Zusammenschluß der Welt im Dienste einer großen Idee mit amerikanischer Hilfe Wirklichkeit werden. Frankreich freilich ist von diesem Gedanken wenig erbauet, und Briand, der französische Vertreter im Völkerbund, hat bereits zu vernehmen gegeben, daß es gegen eine Beteiligung Deutschlands an diesem neuen Völkerbunde kein Wort anmelden werde. Aber auch über diesen Protest wird die Geschichte hinwegschreiten in ihrem unerbittlichen Gange, alle Hindernisse aus

in der
en in
werden.
en
Ar. 6,

pe

dem Wege zu räumen, um der Verführung der Gegenseite zwischen den Völkern freie Bahn zu lassen. Frankreich wird es sich ernstlich überlegen müssen, ob es durch seinen Widerstand an die Stelle Deutschlands zu treten wünscht, dessen moralische Isolierung letzten Endes seinen Zusammenbruch verschuldet hat. Es war ein schwerer Fehler der französischen Delegation in Washington, daß sie mit ihrem Widerstand gegen eine Einladung Deutschlands nach Washington unmittelbar den Präsidenten Harding vor den Kopf hiebt. Es ist der persönliche Wunsch des Präsidenten, offenbar angeregt durch den in Rechts- und Formfragen unerbitlichen Juristen Hughes, daß ein deutscher Bevollmächtigter in Washington die Beschlüsse der Konferenz mit unterschreibt. Geschieht dieses, so übernimmt auch Deutschland nochmals ausdrücklich gewisse Absträufungsverpflichtungen; es schwört sowasagen freiwillig und freiwillig — in Versailles war es Erpressung und Zwang — vor dem Washingtoner Forum alle Revancheadressen ab. Im selben Augenblick könnte aber Frankreich sich nicht mehr auf die „deutsche Gefahr“ berufen, wenn es seine imperialistischen Rüstungen gegen das Washingtoner Entwaffnungsdogma verteidigt. Daher der Zorn. Daher die Drohung, die französische Delegation werde sofort mit Raus und Raus nach Hause fahren, wenn — und nun wird natürlich geschickt ein anderer Grund vorgebracht — wenn etwa die Landabstimmung noch einmal zur Sprache käme. Der wahre und einzige Grund ist die drohende Zugewinnung Deutschlands zu den Washingtoner Friedensbindungen. Sie ist das rote Tuch für die französische Diplomatie, und alle derzeitigen Entgehnungen französischer Diplomaten gehen auf das Konto dieser Aufregung und Kopflosigkeit (auch die Dekrete Poincarés in Bordeaux). Aber in Deutschland darf man sich trotzdem jetzt nicht allzu kühnen Hoffnungen auf einen „Stech in Washington“ hingeben. Schon hat ja der italienische Senator Schanzer den „Zusatzvertrag“ zwischen ihm und Briand widerrufen, und die antifröhenzösischen Kundgebungen in Turin, Venedig, Neapel usw. sind bald vergessene Zwischenfälle. Auch ist es nicht wahr, was Vertinaz, der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ laubt, nämlich daß die vorherrschenden Strömungen auf der Konferenz gegen Frankreich seien, und daß dieses sich in die Defensive gedrängt sehe. Das behauptet Vertinaz nur, weil er Briand holt und ihm parlamentarische Schwierigkeiten bereiten will. Die Zeit ist also noch nicht reif, und die deutsche Politik muß vorsichtig bleiben. Ihr bester Helfer wird auch hier die Zeit und die zunehmende Einsicht unserer früheren Gegner — mit Ausnahme natürlich Frankreichs — in die weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten sein!

Wegen Zerstörung und Wucher.

Die Reichsregierung wird sich heute nachmittag in einer Kabinettsitzung noch einmal mit den Maßnahmen gegen Zerstörung und Wucher beschäftigen.

Zur Reform der Reichseisenbahnen.

Nachrichten aus Parlamentarischen Kreisen zufolge ist im Reichsverkehrsministerium der Referentenentwurf zur Reform der Reichseisenbahnen nunmehr fertiggestellt worden. Der Grundgedanke ist die Auflösung des Verkehrsministeriums aus dem allgemeinen Etat. Ferner wird geplant die Angliederung eines Generalrates an das Direktoratium. In diesem Generalrat sollen die Reichsregierung, der Reichstag, die Eisenbahnbeamtenchaft und die Wirtschaft vertreten sein.

Oberschlesien. (Eigene Meldung.)

An amtlicher Stelle erfährt unser Berliner Vertreter, daß die beiden Delegierten der ober-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen aus Genf zurückgekehrt sind und der Regierung bereits Bericht erstattet haben. Neue Punkte sind bei diesen Besprechungen nicht erörtert worden, doch hofft man bei den im Januar n. J. wieder einsetzenden Verhandlungen ein für Deutschland möglichst günstiges Ergebnis zu erreichen.

Einer Meldung der „Morning Post“ aus Warschau zufolge wird berichtet, daß die Bergwerke in Königshütte in französische Hand und die Eisenwerke in Hohenauhöchle in englische Hand übergegangen seien. In Katowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen überboten solche Angebote, da die Aufrechterhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in die Hand zu nehmen.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist am 22. November im französischen Außenministerium ein Separatabkommen zwischen Frankreich und Polen über Oberschlesien unterzeichnet worden. Der Vertrag soll Polen große Vorteile bieten und es in den Stand setzen, allen Wünschen der Vorkonferenz gerecht zu werden.

Eine kommunistische Arbeitsgemeinschaft.

Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft, die sich infolge des Märzputsches von der Vereinigten Kommunistischen Partei getrennt hatte, hat auf einer Reichskonferenz in Berlin Forderungen an die kommunistische Partei gestellt. Es wird verlangt, daß die kommunistische Partei materiell völlig unabhängig von der kommunistischen Internationale sei, daß alle auswärtige kommunistische Literatur unter die Kontrolle der deutschen Parteileitung gestellt werde, und daß Sicherheiten gegen organisatorische Eingriffe des Zentralratkomitees der kommunistischen Internationale gegen die Organe der deutschen Sektion gegeben werden. Weiter wird gefordert die programmatische Festlegung einer Politik, welche die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht unter Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der Revolution und Festlegung einer Gewerkschaftspolitik, die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält.

Kleine Nachrichten.

Leipzig, 29. November. Gestern vormittag stattete der Reichsjustizminister Dr. Radbruch dem Reichsgericht einen längeren Besuch ab. Er besichtigte unter Führung des Reichsgerichtspräsidenten Teilrich das Gebäude und die verwaltungsmäßigen Einrichtungen des höchsten deutschen Gerichtshofes. Hieran schloß sich ein einfaches Frühstück in engerem Kreise.

Berlin, 29. November. In der heute stattfindenden Präsidialsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wird Hugo Stinnes Bericht über die Londoner Verhandlungen erstattet.

Zu der Meldung, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Maximilian Pfeiffer (Zentr.) zum Nachfolger des Hrn. v. Beerensberg-Wohler auf dem Vorkonferenzposten in Rom aussersehen sei, wird mitgeteilt, daß eine beratende Ernennung Dr. Pfeiffers nicht beabsichtigt sei.

Die aus einer schließlichen Zeitung in anderen deutschen Blättern erscheinende Nachricht, daß 600 deutsche Kriegsgefangene in französischen Strafbataillonen in Syrien befreit, ist unzutreffend. Die Nachricht gründet sich auf die angebliche Auslassung von 20 solcher Kriegsgefangenen, die in Mostau eingetroffen sein sollen. Richtig ist, daß 20 deutsche Kriegsgefangene Ende August aus Syrien in Tiflis anlangt. Die Mehrzahl hat den Heimweg über Mostau gewählt, während vier von ihnen auf dem Seewege die Heimat erreicht haben. Die Vernehmung sämtlicher Flüchtlinge in Tiflis sowie der vier bereits in der Heimat angelangten Männer hat ergeben, daß es sich nicht um böhmerische Kriegsgefangene, sondern um entflozene Fremdenlegionäre handelt. Anscheinend wird eine ganze Reihe von Fremdenlegionären deutscher Herkunft von der französischen Regierung bei in Syrien lebenden Verbänden dieser Truppe verwendet. Wenn die Annahme zutrifft, haben sich die Details ihrer Schicksal selbst anzuschreiben. Eine unmittelbare schriftliche Antwort der gebliebenen, an amtliche Stellen gerichteten Anfragen, ob sich unter den angeführten 600 Kriegsgefangenen bisher Vermisste befinden, ist leider nicht möglich.

Der preussische Minister des Innern hat die hier erscheinende „Kommunistische Arbeiterzeitung“ für eine Woche und die Wochenchrift „Der Kampf“ für zwei Wochen, beide wegen eines Aufrufes, der Aufregungen zu Gewalttätigkeiten enthält, verboten. Gleichzeitig sind in der Angelegenheit Strafverfahren eingeleitet worden.

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Dedungsfrage für die Gehälter und Löhne der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter angenommen. Die Vorlage bringt eine erhebliche Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität, sowie eine Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 1,30 M. Der neue Tarif wird am 1. Dezember in Kraft treten. Auch die Hochbahngesellschaft hat eine entsprechende Erhöhung der Tarife beschlossen.

München, 29. November. Die Mitglieder der Internationalen Donau-Kommission, die sich aus allen Uferstaaten und aus Nichtuferstaaten des Verbandes zusammensetzen, fanden sich gestern zur Eröffnung der offiziellen Beratungen in der ehemaligen preussischen Gesandtschaft in München ein. Ratsch der bayerischen Regierung begrüßte Ministerpräsident Graf Berchthgott von Anwesen, worauf der Präsident der Donaukommission Minister Rojetti (Italien) dankend erwiderte. Darauf wurde in der Beratung eingetreten, die sich mit außerordentlich wichtigem Material, insbesondere den Bayern berührenden Fragen der internationalisierten Donau, zu befassen haben wird. Die Beratungen werden voraussichtlich bis Mitte Dezember dauern.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 29. November. In dem gestern zusammengetretenen Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wurden zunächst durch den Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium Mitteilungen über den Stand des deutsch-belgischen Handelsabkommens gemacht. Sodann trat der Ausschuß in die Erörterung des zweiten Punktes der Tagesordnung ein, der die Verhältnisse im Memellande behandelt.

Die Washingtoner Konferenz.

Deutschland und die Behauptungen Briands.

Zu der Meldung des „Petit Parisien“, daß vom Reichskabinett beschlossen worden sei, dem amerikanischen Geschäftsträger Drefel zur Über-

mittlung an Staatssekretär Hughes, den Vorsitzenden der Abfertigungskommission in Washington, eine Note zu übergeben, in der Deutschland gegen die Rede Briands, insbesondere gegen die von Briand aufgestellten Behauptungen über angeblich in Deutschland bestehende militärische Organisationen protestiert, erfahren wir, daß zwar Erwägungen schweben, wie die rüch unbedeutenden Behauptungen Briands richtiggestellt werden können, daß aber irgendwelche Einseitigkeiten darüber, in welcher Form und auf welchem Wege dies geschehen soll, noch nicht getroffen sind.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet:

Ich erfahre aus dem Reichswehrministerium offiziell, daß die deutsche Regierung die Frage der Garantien zu prüfen bereit ist. Der Zweck dieser Prüfung wäre, der Unruhe, die durch die Furcht vor einem deutschen Angriff verursacht wird, ein Ende zu machen, die, der Rede Briands in Washington zufolge, in Frankreich bestehen soll. Die deutsche Regierung hält daran fest, daß Deutschland den Bestimmungen des Versailler Vertrages gemäß eintraufnet sei. Da aber Frankreich immer noch Unruhe zu empfinden scheint, glaubt die Berliner Regierung, daß etwas geschehen müsse, um diese Furcht zu vermindern und die Aussicht auf eine allgemeine Abrüstung zu erhöhen. Eine der Anregungen, die gemacht wurden, besteht darin, daß Deutschland gen zu stimmen würde, daß eine Inspektionsabordnung in Deutsch eingedrungen würde, die zur Vermeidung Frankreichs die Verifizierung geben könnte, daß sich Deutsch und nicht vorbereite, die Abstrengungen zu wiederholen, die zur Schlacht von Leipsig geführt haben.

Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Der Vertreter des „Daily Chronicle“ erhielt am Sonnabend im Reichswehrministerium materielle Mitteilungen zur Entkräftung der Briand'schen Behauptungen über Deutschlands Gefährlichkeit. Es wurde im Rahmen der respektmäßigen Zuständigkeit des Reichswehrministeriums ihm erklärt: Die Abrüstung ist durchgeführt. Die Garantien, die Frankreich verlangt, sind damit gegeben. Besonders wurde er auf Briands Feststellung am 23. Oktober in der französischen Kammer aufmerksam gemacht, wonach Deutschland dank der französischen Kontrolle tatsächlich entwauffnet sei. Was die Meldung des Korrespondenten des „Daily Chronicle“ über diese Punkte hinaus von Anregungen zu künftigen Garantien sagt, ist Mißverständnis oder frei erfunden, vielmehr auch durch die französischen Nachrichtenübermittlungen tendenziös eingefärbt.

Die „Gesellschaft der Nationen“. Aus Washington wird über den von und bereits gestern mitgeteilten Plan des Präsidenten Harding, eine neue Völkervereinigung zusammenzubringen, gemeldet, daß Präsident Harding bekanntgegeben habe, sein Plan umfasse folgende Punkte:

1. Die Vereinigung aller Nationen in einer loylen Organisation, die nicht das Recht haben soll, irgendwelche Eingriffe in die Souveränität eines Staates vorzunehmen.
2. Die Errichtung eines internationalen Welt-

Wissenschaft und Kunst.

Treßden, 29. November.

Kammermusikabend (Hölbe - Quartett). Das von der hiesigen Pianistin Maria Hölbe ins Leben gerufene Quartett dieses Namens konzertierte gestern, auf das bestmögliche aufgenommen, im Palmengartenloale. Ich höre von ihm die beiden Neuheiten des Abends, zwei Klavierquartette von dem Wiener Joseph Marx, das eine in balladenhafter, das andere in rhapsodischer Form. Rhapsodisch in der Form, d. h. mehr frei phantasierend, sind beide. Erwärmen konnte ich mich für diese lediglich in Stimmungungen sich ergehende Musik nicht. Es fehlt Marx nicht an Einfällen, aber an diese logisch verwerfender, gefällender Kraft. An der Wiedergabe mit dem trefflichen Erhard Heyde am ersten Geigenpulte, Rich. Wohlrad als kaum minder trefflichen Cellisten, Paul Hammer als Bratscher und der eingangs genannten rühmlich bekannten Pianistin lag es nicht, wenn es zu keiner über das rein Klanglich hinaus irgendwie fesselnden Wirkung kam.

Liederabend (Broderzen). Wie anders wirkte dieses Zeichen auf uns ein, sagte man sich, als man dann den Vereinshausaal betrat. Der Münchener Sängler, eine der Bierden der dortigen Staatsoper, rechtfertigte volauf den Ruf, der ihm vorausgeht, und die helle Färbung seiner Stimme läßt ihn besonders auch zum Liederabend berufen erscheinen — er sang nur Rich. Strauß-Lieder. Aber darüber hinaus befaßigt ihn auch noch seine hohe gesangliche Kultur zum Liederabend. Kurz, die Kritik durfte nur dem Urteil beistimmen, daß die Hörschaft in regem und reichem Bewußt, den sie spendete, abgab. Vortrefflich begeisterte den Künstler seine Tochter (?) Linde Broderzen am Beckstein.

Gesellschaft für Altertumswissenschaft. In der Sitzung der Archäologischen Abteilung sprach Dr. Weigel über das antike Damaskus auf Grund der Aufnahmen und Forschungen des Deutsch-Türkischen Zentralarchäolog-Kommandos von Oktober 1917 bis Juni 1918. Die Arbeiten zur Aufnahme eines zuverlässigen Planes der heutigen Altstadt verbreiteten Licht auch über das antike Straßennetz. Durch sorgfältige Beobachtung aller Reste ist es gelungen, die Hauptstraßen der alten Stadt in ihrer Richtung sowohl wie in ihrer künstlerischen Anlage festzulegen: es waren große Kolonnadenstraßen mit mittlerer Fahrbahn und seitlichen, um einige Stufen erhöhten Gangbahnen; die Schnittpunkte waren durch Straßentore betont. Von den antiken Stadttoren ist wenigstens noch eins, das Osttor der via recta, leblich erhalten und wird mit einem der ursprünglich drei Durchgänge noch heute seiner alten Bestimmung entsprechend benutzt. Eine großartige Anlage im Stadinneren bildete der Tempelbezirk des Jupiters Damascenus, in der Mitte eines weitgespannten Marktplatzes gelegen, der in Spuren noch in der jetzigen Stadlanlage zu erkennen ist. Der Tempel selbst wurde erst in eine christliche Kirche umgewandelt, und diese wiederum in die berühmte, noch heute stehende Omajyadenmoschee; von seinem antiken Bestande ist daher heute nichts mehr zu ermitteln. Von der Anlage des engeren Tempel- und des weiteren Marktbezirktes sind dagegen vielerlei Reste erhalten, die ein ungefähres Bild des ehemaligen Zustandes wiederherzustellen erlauben. An der Hand der gefundenen Inschriften und aus dem vergleichenden Studium der Bauformen kann geschlossen werden, daß das heute zu rekonstruierende Stadtbild auf eine Renaissance aus der Zeit des Septimius Severus zurückgeht, eine Zeit, in der Damaskus Provinzialhauptstadt wurde. Die letzte Hand an den Tempelbezirk wurde zur Zeit des Kaisers Gallienus gelegt, an den Marktbezirk unter Diocletian, während dessen Erweiterung, das sogenannte „Gamma“ sogar erst aus der Zeit Constantins II. um 340 n. Chr. stammt. — Nächste

Sitzung: Mittwoch, den 7. Dezember, in der Dr. Dr. Schwinkowatz, Rufus am Staatlichen Münz-Kabinett, einen Vortrag über „Das griechische Münzbild“ halten wird.

Wissenschaft und Technik. Dem Assistenten am medizinisch-poliklinischen Institut der Universität Leipzig, Dr. med. Johannes Weidell aus Rothenkirchen i. W., ist die Lehrberechtigung für das Fach der inneren Medizin in der medizinischen Fakultät erteilt worden.

† In Wien ist im Alter von 71 Jahren Prof. Dr. Albert Adamkiewicz gestorben, der durch seine vergeblichen Versuche, aus der Krebszelle selbst ein Heilmittel für den Krebs herzustellen, seinen wissenschaftlichen Ruf aufs Spiel gesetzt hat. Adamkiewicz ging bei seinen Versuchen von der Ansicht aus, daß die Krebszelle selbst ein Parasit sei. Schemm aus diesem Gesichtspunkt hergestellten „Canceroin“ schied er eine spezifische Wirkung zu und behauptete, daß jede chirurgische Behandlung des Krebses verwerflich sei.

Literatur. Wie uns aus Amsterdam gemeldet wird, hatte Hermann Reichenbachs Schauspiel „Dah“ bei seiner Uraufführung in der Amsterdamer Schauburg unter der Leitung von Louis de Vries einen großen Erfolg. — In den zahlreichen Versuchen, das Leben Shakespeares dramatisch zu verarbeiten, gefiel sich ein neuer, den eine englische Schriftstellerin Clemence Dane unternommen hat. Ihr Stück „William Shakespeare“ hat im Londoner Shaftesbury-Theater seine Uraufführung erlebt und großen Erfolg gehabt. Die Verfasserin hat die romantische Geschichte zur Schöpfung angeregt, die man aus den Sonetten herauslesen kann, und die „Schwarze Dame“, an welche die Gedichte gerichtet sind, spielt dabei eine Hauptrolle. Shakespeare erscheint dabei in einem etwas eigenartigen Licht, und die englische Kritik tadelt die rohe Art, in welcher der Held des Dramas sich von seiner jungen Frau trennt, sowie den Zusammenhang, in dem Shakespeare mit der Ermordung seines

dichterschen Nebenbuhlers Marlowe gebracht wird. Gelobt aber wird die Darstellung der Umwelt, und man findet in dem Werk doch immerhin die Entfaltung dichterischen Geistes, wenn auch freilich nicht die des Shakespeare'schen.

Bildende Kunst. Die National Gallery of British Art in London, die unter dem Namen Tate-Galerie bekannter ist, wurde in diesen Tagen dem Publikum wieder vollständig zugänglich gemacht, nachdem sie sieben Jahre lang der Allgemeinheit verschlossen und für Kriegszwecke benutzt worden war. Infolge der Neuordnung ist die Sammlung unergiebiglich viel besser geworden, als sie früher war. Verschiedene Säle wurden ausgefüllt; die Werke wurden sachlicher und vorteilhafter gehängt. Die größte Sehenswürdigkeit der neuerrichteten Sammlung ist wohl die Ausstellung von Turners berühmtem Studienbuch, jene großartige Serie von Mezzotinos, die der Meister zwischen 1807 und 1819 veröffentlichte. Die Original-Sepia-Zeichnungen sind zusammen mit den Platten und den Stichen aufgestellt, und zu den 70 bereits bekannten Bildern kommen noch 30 unbekanntere Zeichnungen, die niemals vervielfältigt wurden. Einen Zuwachs hat die Sammlung erfahren durch eine sorgfältige Auswahl der besten Kriegsbilder, die von englischen Malern geschaffen wurden.

† In Budapest ist der Historien- und Porträtmaler Anton Jilzer im 61. Lebensjahre gestorben.

Musik. Im Rärnberger Stadttheater kam die Oper „Judith“ von Max Etlinger zur Uraufführung. Textlich lehnt sich das Werk fast genau an die Hebbel'sche Vorlage an. Musikalisch bedeutet es eine Talentprobe. Der Komponist wußte während des ganzen Abends zu sein und taufchte über leere Stellen durch seine hochhaltierte Instrumentalfunktion hinweg. Der wortwörtliche Teil der Oper im letzten Bild ist ein Ringelreih auf ein einfaches psalmisierendes Motiv aufgebaut.

ner Stiefel, der die Fragen des internationalen Rechts lösen soll.

3. Die Errichtung eines internationalen Vertrags, der alle Kriegsverbrechen nach gründlicher Untersuchung bestrafen soll.

4. Jährliche Versammlungen der Völkerbund-Vereinigung, an denen nicht nur die Großmächte, sondern auch die kleinen Staaten teilnehmen würden.

Die „New York Tribune“ meldet aus Washington: Lloyd George liegt nach der Meinung der unterrichteten Kreise viel daran, sich mit Harding und Hughes über die von Harding vorgeschlagene Weisung der Nationen zu besprechen. Dies erklärt seine plötzliche Bestellung von Plänen auf der „Kauitania“.

Deutschlands Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Nationen.

Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, wird angenommen, die Meinung Harding gehe dahin, daß Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Nationen und die damit freiwillig übernommenen Verpflichtungen so unmittelbar und vollständig gebunden sei, daß Frankreich von seinem natürlichen Widerspruch, das ihm ein künftiger deutscher Angriff verurteile, befreit wäre.

Die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington berichtet, wenn Harding wünsche, daß Deutschland an der Konferenz teilnehme, werde er vorher die Genehmigung der vier Großmächte einholen, die zur ersten Konferenz eingeladen wurden.

Brands Äußerungen über Italien. Haas meldet aus Washington: In einer Rede vor dem Ausschuss für den fernem Osten erklärte Hughes die Ansicht, wonach Brand bezüglich Italiens beleidigende Äußerungen getan haben soll, für vollkommen unbegründet.

Der Washingtoner Richterfalter des „New York Herald“ meldet, auch zur Regelung der Schantungfrage, der sibirischen und der manchurischen Frage sollten Untersuchungskommissionen eingesetzt werden.

Amerika und ein etwaiges Scheitern der Konferenz. Wie der Washingtoner Richterfalter des „New York Herald“ meldet, erklärte die amerikanische Abordnung, die Vereinigten Staaten von Amerika würden, falls die Verhandlungen der Konferenz scheiterten, offen ansprechen, in welcher Weise dies geschehen sei und wen die Schuld treffe.

Ein Moratorium für Deutschland?

Paris, 29. November. Pariser Meldungen des „Cobden“ und des „Leith Chronicle“ deuten an, daß England im Begriffe steht, ein Moratorium für Deutschland vorzuschlagen.

Ausstand im lothringischen Kohlengebiet.

Saarbrücken, 29. November. Im lothringischen Kohlengebiet ist fast überall der Streik verhängt worden. Die Belegschaften sind in den meisten Eruben seit Donnerstag nicht mehr anwesend. Militär ist nach dem Industriegebiet abgegangen.

England und die Reparationsfrage

Paris, 29. November. Dem „Journal“ wird aus London berichtet, man erwarte dort in der kommenden Woche Lord Aberdeen, den Vertreter Englands in der Reparationskommission. Die britische Regierung wird zwei Sachverständige, die an Ort und Stelle die deutsche Finanzlage studiert hätten.

Dr. Nathenau in London.

London, 29. November. Wie die „Morning Post“ berichtet, sind Dr. Nathenau und Dr. Simons heute in London eingetroffen. Zu dieser Meldung erklärt die „Deutsche Allgem. Sta.“, daß es sich nicht um den früheren Minister des Äußeren Dr. Simons handelt, sondern um einen Mitarbeiter Dr. Nathenaus, den Obersekretär Dr. Simons.

Vom Parteitag der österreichischen Sozialisten.

Wien, 29. November. Der Parteitag der österreichischen Sozialisten hat gestern den Antrag Dr. F. Riedich angenommen, wonach die Sozialistische Arbeitergemeinschaft Deutschösterreich der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien beitreten und in die ihrem Statut festgelegten Verpflichtungen übernehmen soll.

Die Kämpfe der Ukrainer gegen die Bolschewisten.

Kopenhagen, 29. November. „Weltlings Tidende“ wird aus Peking telegraphisch: Die Zahl der Ukrainer, die gegen die Bolschewisten kämpfen, wird auf eine Million Mann angegeben. Bei der Eroberung von Schitomir wurden 3000 Bolschewisten getötet und eine große Anzahl bei den Straßenkämpfen erschossen.

Ausweisung Ender Paschas.

Paris, 29. November. Haas berichtet aus Batum vom 26. d. M.: Die Regierung von Anzats hat beschlossen, Ender Pascha und seine Freunde auf Grund der Verordnungen der türkischen Nationalversammlung auszuweisen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute eingegangene Nr. 110 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Dritte Ergänzung des Verordnungszeichens; Bekanntmachung, betr. die Ratifikation des am 25. August 1921 unterzeichneten Vertrags zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika; Bekanntmachung, betr. Änderung der Prozedurordnung des deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshofs; Verordnung, betr. Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch; Bekanntmachung, betr. Auflösung der Organisationen Reichs-, Gubertius-, Kreis-, Kreisbezirk- und Oberland, sowie Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln.

Lohnbewegung.

Berlin, 28. November. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ist ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen, der ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Angestellten der öffentlichen Werke begehrt, abgelehnt worden.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 29. November. — Ehrengaben aus der Seraphine Vogel-Stiftung für deutsche Kunstler in Hildburghausen erhalten Kunstler und Witwen von solchen, die ohne Schuld oder infolge von Alter oder Krankheit hilflos sind.

— Die Fahrpreise der Kraftbroschen und der Pferdewagen 1. und 2. Klasse werden von jetzt ab mit einem Zuschlag von 900 Proz. bei den letzten beiden, mit 1400 Proz. bei den ersten genannten erhoben. Der Jahrgast hat damit das

Hilfsfahrtsache des vom Kraftbroschen-Fahrpreisangeiger bez. das Jahresfahrtsache des vom Pferdewagen-Fahrpreisangeiger eingestellten Vertrages zu entrichten.

Das Polizeipräsidium tritt zu den Verteilungen eines Teils der Presse über weiteres Material, das in den Notstrom-Werten eifrig worden ist, folgendes mit: Nachträge wurde von der Direktion und dem Betriebsrat der Notstromwerke weiteres Material unmittelbar bei der Erstellungsabteilung des Reichsstaatsministeriums Dresden zur ordnungsgemäßen Erstattung angefordert.

In der Amischaupmannschaft Dresden-Klein wird A. Schmitt 79 der gelben Käse-Mittelkarte A mit 1 1/2 Pfd. Gries, A. Schmitt 79 der roten und blauen Käse-Mittelkarte B und D mit je 1 Pfd. Gries geliefert.

Über das Thema: Sozialismus in der Praxis sprach im ersten der vom Reichsbund Deutscher Technik veranstalteten wirtschaftspolitischen Vorträge Hr. Edmund Fischer (Dresden) in der Aula der Technischen Hochschule. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Sozialismus sei das Ideal, daß alle Menschen gleich sein und gleichen Anteil an den Lebensgütern haben sollten, er sei weiter eine Wissenschaft, die bereits, wenn auch unvollkommen, in der praktischen Verwirklichung begriffen sei.

Die Mittwochsgesellschaft veranstaltete am Sonntag nachmittag im Saale der Kaufmannschaft ein wohlgelungenes Konzert, das mehreren jugendlichen Kräften Gelegenheit bot, künstlerische Erfolge zu erringen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten — Gau Sachsen — hält am Sonnabend, den 3. und Sonntag, den 4. Dezember im „Hofen Zimmer“ des Ausstellungspalastes Dresden, Lennestraße, seinen diesjährigen ordentlichen Sonntag ab.

Ter an den Frühzug von Weindöhlen anschließende sogenannte Kartthallenzug ab Dresden-Friedr. 5,18 vorm., an Dresden-Bettendorfer 5,22 vorm., der bis jetzt noch dreimal wöchentlich verkehrt, entfällt vom 1. Dezember an bis auf weiteres gänzlich.

In der Central-Theater-Halle findet Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens von Engelbert Müllers Künstlerfesten ein „Künstlerabend“ statt.

Sächsische Angelegenheiten.

Weitere Ergebnisse zu den sächsischen Gemeindevahlen.

Zu den am vergangenen Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen gehen noch folgende Ergebnisse ein: Leipzig. Bürgerliche 11 (bisher 10), Sozialisten 6 (bisher 7). Radeberg. Bürgerliche 6, Sozialisten 8, Kommunisten 1. Radeberg. Bürgerliche 3, Sozialisten 2, Kommunisten 1. Radeberg. Bürgerliche 3, Sozialisten 2, Kommunisten 1.

Wilsdorf. Bürgerliche 4, Sozialisten 8, Kommunisten 2. Kadobitz. Die sozialistische Mehrheit ist hier bei der geringen Wahl verlorengegangen.

Wilsdorf. Bürgerliche 13, die Sozialisten 8 und die Kommunisten 2. Die Bürgerlichen vereinigten sich 3502, die Sozialisten 2450 und die Kommunisten 500 Stimmen.

Wilsdorf. Auch hier liegt ein bürgerlicher Wahlsieg vor. Es sind 8 bürgerliche Vertreter (1775 Stimmen), 2 Beamte (434 Stimmen), 5 Reichstagssozialisten (914 Stimmen), 2 Unabhängige (425 Stimmen) und 1 Kommunist (273 Stimmen) gewählt.

Kaasdorf bei Radeberg. 7 Bürgerliche, 6 Sozialisten, 1 Unabhängiger, 1 Kommunist.

Zittau. 6 Bürgerliche, 4 Sozialisten, 1 Unabhängiger, 1 Kommunist.

Radeberg. Bürgerliche 9, Sozialisten 2, Kommunisten 2.

Chemnitz. Die Wahl zum Gemeinderat ergab hier: 9 Bürgerliche (770 Stimmen) und 3 Reichstagssozialisten (279 Stimmen).

Gemeindevahlen. Bei der Wahl zu den Gemeinderäten in den Wüstegemeinden sind 54 Bürgerliche, 28 Reichstagssozialdemokraten, 5 Kommunisten und 4 Unabhängige gewählt.

Zandorf. Bürgerliche 2, Hausbesitzer 1, Sozialisten 2, Unabhängige 5 Mandate.

Hainberg. Bürgerliche 4 (bisher 3), Sozialisten 5 (bisher 6). Wahlbeteiligung 92,3 Proz.

Tharandt. Bürgerliche Liste 2, Hausbesitzer 2, Beamte 2, Sozialisten 2, Kommunisten 1 Vertreter.

Wilsdorf. Bei der Stadtverordnetenwahl sind auf die Liste der Deutschen Volkspartei 600 Stimmen (4 Sitze), auf die Liste der Beamten 144 Stimmen (1 Sitz), auf die Liste der Demokraten 184 Stimmen (1 Sitz) entfallen.

Reichmannsdorf bei Freiberg. 8 Bürgerliche und 4 Sozialdemokraten. Wahlbeteiligung 82 Proz.

Reichmannsdorf bei Freiberg. 7 Landwirte, 3 Gewerbetreibende und 2 Arbeiter.

Reichmannsdorf bei Freiberg. 7 Landwirte (6), 2 Gewerbetreibende (0) und 4 Arbeiter (7).

Soldau. Bürgerliche Einheitsliste 5, Hausbesitzer 3, Unabhängige 3, Sozialdemokraten 6, Kommunisten 1 Sitz. Wahlbeteiligung 82 Proz.

Soldau. Leipzig. Bürgerliche Einheitsliste 2502, Reichstagssozialisten 406. Es werden voraussichtlich erhalten: die Bürgerlichen 12 Sitze, die Reichstagssozialisten 2, die Unabhängigen 6, die Kommunisten 1. Bis jetzt waren 12 Bürgerliche und 9 Sozialisten im Stadtverordnetenkollegium.

Radeberg. Bei Leipzig. 703 Wahlberechtigte. 515 Stimmen wurden abgegeben — 65 Proz. — Die Bürgerlichen haben mit 2 verbleibenden Sitzen 303 Stimmen — 11 Sitze, bisher 9 —, die Sozialdemokraten 147 — 4 Sitze, bisher 6 — erhalten. 5 Stimmen waren ungenutzt.

Radeberg. Bürgerliche Einheitsliste 8 Sitze, Unabhängige 6, Kommunistische Partei 1 Sitz. Die Wahlbeteiligung war ungefähr 300 Stimmen mehr als früher.

Reichmannsdorf bei Radeberg. Von 297 Wahlberechtigten erschienen 255 = 86 Proz. an der Urne. Es wurden für zwei verbundene bürgerliche Wahlvereinigungen 105, für die Linksparteien 150 Stimmen abgegeben.

Reichmannsdorf. Von 402 Wählern machten hier nur 243 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Rechte hat 5, die Linke 3 Sitze erzielt.

Reichmannsdorf. 7 (6) Bürgerliche, 6 (5) Sozialisten.

Reichmannsdorf. 4 (6) Bürgerliche, 3 (2) Unabhängige (zusammen 4).

Reichmannsdorf. 5 (4) Bürgerliche, 6 (5) Sozialisten (zusammen 11).

Reichmannsdorf. 5 (5) Bürgerliche, 5 (5) Sozialisten (zusammen 10).

Reichmannsdorf. 3 (5) Bürgerliche, 7 (5) Sozialisten.

Reichmannsdorf. 6 Bürgerliche, 6 Sozialisten.

Reichmannsdorf. 4 (3) Bürgerliche, 6 (7) Sozialisten, 8 Bürgerliche, 6 Sozialisten, 2 Unabhängige.

Reichmannsdorf. 5 Bürgerliche, 3 Sozialisten.

Reichmannsdorf. 3 Bürgerliche, 4 Sozialisten, 4 Unabhängige.

Reichmannsdorf. Wahlbeteiligung 80 Proz. Bürgerbund 5442 (4483), Reichstagssozialisten 2835 (3703), Kommunisten 652 (—). Demnach entfallen Sitze auf Bürgerbund 21 (19), Reichstagssozialisten 11 (15), Kommunisten 2 (—).

Reichmannsdorf. Bürgerbund 2554, Reichstagssozialisten 1670, Kommunisten 598. Sitze erhalten: Bürgerbund 14 (11), Reichstagssozialisten 10 (16), Kommunisten 3 (—).

Reichmannsdorf. Bei den Stadtverordnetenwahlen sind am Sonntag hier 15 Bürgerlichevertreter — 8 Reichsparteien, 4 Unabhängige, 3 Kommunisten — gewählt worden. Die Wahlbeteiligung betrug 83 Proz.

Reichmannsdorf. Die Stadtverordnetenwahlen in verschiedenen Orten des Vogtlandes hatten folgendes Ergebnis: Radeberg: Vereinigte Berufsstände 6, Beamtenvereinigungen 2, Unabhängige und Sozialdemokraten 4, Kommunisten 3 Sitze. Die Bürgerlichen haben damit die Mehrheit.

Schneeberg: 6 zu 6. Bisher hatten die Sozialisten die Mehrheit.

Reichmannsdorf: 15 zu 3. Schneberg: 6 zu 6. Bisher hatten die Sozialisten die Mehrheit.

Amtlicher Teil.

Der Stiftung Heimatbank ist Erlaubnis zur Beauftragung einer Geldlotterie, deren Ziehung am 20. bis 27. März 1922 stattfinden soll, erteilt worden. 775 IV L. 7340 Dresden, 25. Nov. 1921. Ministerium des Innern.

Wegen Reinigung der Diensträume können in der Kreishauptmannschaft Zwickau am 2. und 3. Dezember d. J. nur dringende Dienstgeschäfte erledigt werden. 7321 Ia 328 Zwickau, 28. Nov. 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Aberfuhrgebühren. Am 1. Dezember 1921 werden in Verbindung mit der eintretenden allgemeinen Tarifrevision die für Altwardorf bestehenden Überfuhrgebühren um rund 50 v. H. erhöht. Nähere Auskunft erteilen die beteiligten Tarifstellen. — Dresden, 29. November 1921. Eisenbahn-Generaldirektion. 7346

Die Ausführung der Schlosserarbeiten für die Weichselmühle auf Werksbahnstation Chemnitz soll vergeben werden.

Ausführungzeit: Bis Ende Februar 1922. Zeichnungen hiefür sind im unterzeichneten Bauamt einzusehen, wo auch die Preislisten, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von 4,00 M. abgegeben werden. Einreichung der Angebote bis zum 15. Dezember 1921, vorm. 10 Uhr; Eröffnung zu gleichem Zeitpunkt. Zuschlagsfrist: Bis zum 15. Januar 1922. Die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung sämtlicher Angebote bleibt vorbehalten. 7322

Eisenbahn-Bauamt I Chemnitz.

Auf Blatt 259 des Handelsregisters ist heute die Firma Haber & Fiebig in Chemnitz eingetragen worden. Geschäftsführer sind der Kaufmann Anton Haber und der Kaufmann Karl Fiebig in Chemnitz. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden und hat ihren Sitz in Chemnitz. Angegebener Geschäftszweig: Tischmesser- und Besteckwarenfabrik. 7341 Amtsgericht Chemnitz, am 23. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 21. November 1921:

1. auf Blatt 5490, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma W. & S. Müller in Chemnitz: Einzelprokura ist erteilt dem Kaufmann Einar Edwin Müller in Chemnitz. Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann Paul Alexander Puchta und der Buchhalterin Frau Olga Amalie Arnold in Chemnitz;

2. auf Blatt 2425, betr. die Kommanditgesellschaft in Firma Rudolph Witzig Nachf. in Chemnitz: Die Gesamtprokura des Kaufmanns Curt Ferdinand Theodor Straß und des Frau. Gertrud Emilie Kröger-Gyller ist erloschen;

3. auf Blatt 4320, betr. die Firma Van den Bergh's Margarine-Gesellschaft mit beschränkter Haftung — Zweigniederlassung — in Chemnitz (Sitz in Utrecht): Die Prokura Kurt Göttsch ist erloschen;

4. auf Blatt 6088, betr. die Firma Emil Sögel — Zweigniederlassung — in Chemnitz (Sitz in Weerane): Einzelprokura ist erteilt dem Kaufmann Reinhold Rudolph Schumann in Chemnitz;

5. auf Blatt 6963, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Martin Leberecht — Zweigniederlassung — in Chemnitz (Sitz in Nürnberg): Die Firma der Zweigniederlassung ist geändert in: Martin Leberecht Chemnitz; am 23. November 1921;

6. auf Blatt 7207, betr. die Firma Chemnitzer Gemälde- und Lithografie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. Liquid. in Chemnitz: Die Liquidation ist beendet, die Firma erloschen. Das Amt der Liquidatoren Karl Richard Reuther und Johann Carl Jungnickel ist erloschen;

7. auf Blatt 7071, betr. die Firma Zwickauer Industrie, Metallwaren-Fabrik und Metallgießerei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz: Gesamtprokura ist erteilt dem Maschinenbauingenieur Viktor Korvela in Chemnitz. Er darf die Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen oder einem Bevollmächtigten vertreten;

8. auf Blatt 3467, betr. die Firma Bruno Zahn in Chemnitz: Der bisherige Inhaber Nicolaus Bruno Zahn ist am 16. August 1921 gestorben. Der Kaufmann Nicolaus Carl Hans Zahn in Chemnitz ist Inhaber. Seine Prokura ist erloschen; am 24. November 1921;

9. auf Blatt 5159, betr. die Firma Wilhelm Janubowski in Schöenna: Das Geschäft ist bereits am 1. Oktober 1913 nach Chemnitz zurückverlegt worden;

10. auf Blatt 5150, betr. die Firma Emil Jacobi in Chemnitz: Die Firma ist erloschen, nachdem das Geschäft als Ganzes in die Emil Jacobi Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragt worden ist;

11. auf Blatt 5649, betr. die Kommanditgesellschaft in Firma Johs. Kohle & Co. in Chemnitz: Die Einlage eines Kommanditisten ist erhöht worden. Weiter ist auf den Blättern 6227, 6993 und 1982, betr. die Firmen Elektrotechnische Niederlage Max Bag, Salama & Co. und J. Vargou Söhne in Chemnitz, eingetragen worden: Die Firma ist durch Aufgabe des Geschäftes erloschen. 7323 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E.

Auf Blatt 4760 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft in Firma Chemnitzer Papierfabrik zu Eintracht bei Chemnitz in Eintracht b. Sch., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 19. November 1921 hat u. a. die Erhöhung des Grundkapitals um drei Millionen neunhunderttausend Mark, bestehend aus 3250 auf den Inhaber lautende Aktien zu 2000 Mark, mit einer auf sieben Millionen fünfzehnhunderttausend Mark, bestehend aus 3750 auf den Inhaber lautende Aktien zu 2000 Mark, mit einer auf drei Millionen fünfzehnhunderttausend Mark, bestehend aus 3750 auf den Inhaber lautende Aktien zu 2000 Mark, abgelehnt. Die beabsichtigte Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Dementsprechend ist der § 5 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. Von den neuen Aktien werden 3000 zum Kurse von 250 % (Emissionspreis für die alten Aktien: 200 %) und 250 zum Kurse von 150 % ausgegeben. 7324 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E., 25. Nov. 1921.

Auf Antrag der Firma Ernst Berckel Rabel-Fabrik Commandit-Gesellschaft in Chemnitz wird das Aufgebot des verlosenegegangenen Hypothekendarlebens über die für den Kaufmann Max Heinrich Kling in Hof auf Blatt 2223 des Grundbuchs für Chemnitz in Abt. III unter Nr. 12, 13, 17 eingetragenen Hypothek von 12000 Mark, A. angeordnet. Der Inhaber des Darlehens wird aufgefordert, spätestens in dem auf den

16. März 1922, vormittags 11 Uhr anberaumten Aufgebotstermin den Brief vorzulegen und sein Recht anzukündigen, sonst wird der Brief für kraftlos erklärt. 7325 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E., 25. Nov. 1921.

Das im Grundbuche des vormal. Königl. Justizamts Dresden Blatt 48 auf den Namen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma Palast-Automat Postplatz, G. m. b. H. hier eingetragene Grundstück soll

Tonnerstag, am 9. Februar 1922, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Voßringer Straße 1, I, Zimmer 118, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 5,9 Hektar groß und auf 489 750 M. geschätzt. Es besteht aus Hauptgebäude (Geschäfts- und Wohnhaus), zwei Seitengebäuden für Geschäftszwecke, Hofraum und Gartenanlagen und liegt in Dresden-Alt-, St. Zwingertstr. 5 und am Postplatz.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamtis sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. (Zimmer 120.)

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 18. Mai 1921 verlasteten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzukündigen und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verlasteten Gegenstandes tritt. 7343

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 26. Nov. 1921.

Auf Blatt 16784 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Dresdener Badfahrer-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. November 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Zattermitteln, sowie Handel mit solchen. Das Stammkapital beträgt zwanzigttausend Mark. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so hat die Vertretung der Gesellschaft durch jeden von ihnen selbständig zu erfolgen. Wenn mehr als zwei Geschäftsführer bestellt sind, hat die Vertretung der Gesellschaft durch mindestens zwei von ihnen zu erfolgen. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Kaufmann Oswald Bernhard Jungmann in Dresden und der Hausbesitzer Gustav Adolph Schumann in Kötzschenbroda.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch folgendes bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Kaufmann Bernhard Jungmann in Dresden legt auf das Stammkapital in die Gesellschaft ein das ihm gehörende, in der von ihm bisher betriebenen Fabrikation benutzte, von ihm erfindene und sein Fabrikationsgeheimnis bildende Rezept zur Herstellung von Hundesetter, welches ein unbeschränktes Eigentum der Gesellschaft übergeht. Die Gesellschaft nimmt diese Sacheinlage mit 10 000 M. an.

Die Bestimmungen der Gesellschaftserlöses erfolgen nur durch den Dresdener Anzeiger. (Geschäftsraum: Dresden-Poßnitz, Hotel Temnitz, Friedrich-Wied-Str. 18.) 7342

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 26. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 2010, betr. die Aktiengesellschaft Dresdener Bau- und Industrie-Aktiengesellschaft in Dresden: Der Bankrottverwalter Wilhelm Hermann Schulz ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes;

2. auf Blatt 14125, betr. die Gesellschaft Chemische Fabrik Wittenberg-Kölnische Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden-Poßnitz: Prokura ist erteilt dem Chemiker Dr. Franz Klaus in Alt-Poßnitz und dem Maschinenbauingenieur Georg Thierlopf in Berlin. Die dem Kaufmann Bruno Humann erteilte Prokura ist erloschen;

3. auf Blatt 16472, betr. die offene Handelsgesellschaft Hartig & Hainig in Klein-Schönau: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Pirna verlegt worden;

4. auf Blatt 14289, betr. die Firma Dresdener Schrotmühlensabrik Rudawy & Reichert in Dresden: Die Firma lautet künftig: Dresdener Schrotmühlensabrik Richard Reichert. Prokura ist erteilt der Kaufmannsbehrten Elise Bertha Reichert geb. van Thiel in Dresden. Gesamtprokura ist erteilt den Kaufleuten Alwin Reinhold Röber und Walter Herold, beide in Dresden. Jeder von ihnen ist berechtigt, die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Gesamtprokuristen zu vertreten. Geschäftsraum: Nikolaistraße 6;

5. auf Blatt 16787: Die Firma Hans Keller in Dresden. Der Kaufmann Hans Hellmuth Keller in Dresden ist Inhaber. Geschäftszweig: Handel mit Industriebedarfsgegenständen, sowie kaufmännische Vertretung. Geschäftsraum: Münzberger Straße 10;

6. auf Blatt 16788: Die Firma Max Rohmann in Dresden. Der Kaufmann Martin Elias Max Rohmann in Dresden ist Inhaber. Er ist wieder ausgetreten. Die Geschäftsführerin Gertrude Hildegard ledige Rohmann in Dresden ist Inhaberin. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Martin Elias Max Rohmann in Dresden. (Geschäftszweig: Handel mit Tabakfabrikaten und einschlägigen Artikeln. Geschäftsraum: Viktorienstraße 4);

7. auf Blatt 16789: Die Firma Franz Schmale in Dresden. Der Kaufmann Franz Heinrich Schmale in Dresden ist Inhaber. (Geschäftszweig: Lebensmittel-Groß- und Kleinhandlung; Geschäftsraum: Antonenmarktstraße Nr. 148b.) 7345

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 28. Nov. 1921.

Auf Blatt 12321 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Hartwig & Vogel Aktiengesellschaft in Dresden, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 12. November 1921 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschlusse angegebenen Bedingungen zu erhöhen um sechs Millionen Mark, zerfallend in sechstausend auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark.

Es wird noch bekanntgegeben, daß die neuen Aktien zum Mindestkurse von 100 % ausgegeben werden. 7344

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 28. Nov. 1921.

Auf Blatt 1018 des Handelsregisters, die Firma Ernst Christoph in Hainstraße, betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Arthur Ernst Johannes Christoph in Hainstraße. 7326

Amtsgericht Freiberg, den 28. Nov. 1921.

Das im Grundbuche für Gohrlich Blatt 166 auf den Namen des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Kose in Dresden eingetragene Grundstück soll am 18. Januar 1922, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3 Hektar 95,1 Ar groß, mit 41,69 Steuerinschriften belegt, auf 22 000 M. geschätzt und besteht aus den Nr. 62, 63a, 72, 73a des Flurbuchs für Gohrlich. Auf dem Grundstücke befinden sich 2 angelegte Steinbrüche, die jetzt außer Betrieb sind, Pflanzland und etwas angelegter Wald.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamtis sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 19. August 1921 verlasteten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzukündigen und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verlasteten Gegenstandes tritt. 7319

Amtsgericht Königsfelden, den 11. Nov. 1921.

Auf Blatt 20561 des Handelsregisters ist heute die Firma Bach & Blas, Eism- und Kaninchenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Nikolaistr. 38) eingetragen und weiter folgendes verlastet worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Oktober 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Eis- und Verkauf und Manipulation von Eism- und Kaninchen sowie anderen Feilen, ferner Übernahme der Räume mit Jubelort von der Firma Bach & Blas, Leipzig, Nikolaistr. 38. Das Stammkapital beträgt zwanzigttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Vertretung der Gesellschaft durch jeden von ihnen selbständig durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmannhändler Emil August Bach in Leipzig-Markflehberg bestellt. Prokura ist dem Kaufmannhändler August Wilhelm Blas in Leipzig erteilt.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Emil August Bach bringt in Anrechnung auf seine Stammeinlage die gesamte Kontor- und Lagereinrichtung, der Geschäftsführer August Wilhelm Blas bringt in Anrechnung auf seine Stammeinlage die gesamte Werkstatteinrichtung in die Gesellschaft ein. Der Wert dieser Einlagen ist auf je 5000 M. festgesetzt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger und das Leipziger Tageblatt. 7327

Amtsgericht Leipzig, Abt. II, 26. Nov. 1921.

In hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden:

auf Blatt 996 die Firma Ehrhard Wichner in Eintracht und als deren Inhaber der Kaufmannhändler Ehrhard Wichner in Kupferhof. Angegebener Geschäftszweig: Einkauf von Metallen, Meiseln und Holzprodukten;

auf Blatt 652 die Firma Georg Schnabel in Eintracht, Zweigniederlassung der in Niederberwitz bei Zittau bestehenden Hauptniederlassung betr.: Die Firma ist erloschen. 7328

Amtsgericht Eintracht, den 23. Nov. 1921.

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen worden

auf Blatt 997 die Firma Köhlerdorfer Holzwaren-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Köhlerdorf. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. November 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von und der Handel mit Holzwaren aller Art. Die Gesellschaft darf auch gleichartige oder ähnliche Unternehmungen erwerben, sich an solchen beteiligen, Zweigniederlassungen errichten, neue Fabrikationszweige einrichten und für alle diese Zwecke Grundstücke und Betriebsanlagen erwerben bzw. errichten. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Franz Joseph Ziebler in Chemnitz-Borna. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, steht jedem von ihnen die Vertretung der Gesellschaft zu. Die Geschäftsführerversammlung kann aber bei Befreiung weiterer Geschäftsführer bestimmen, daß ein neu zu bestellender Geschäftsführer nur gemeinschaftlich mit einem anderen

Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen die Gesellschaft vertreten darf. Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger;

auf Blatt 700, betr. die Firma Kathar Zmischler in Oberprohna: Der Sitz der Handelsniederlassung ist nach Chemnitz verlegt worden. 7329

Amtsgericht Eintracht, den 24. November 1921.

In das hiesige Handelsregister ist heute auf Blatt 680, die Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Zweigstelle Eintracht-Oberprohna, in Eintracht, Zweigniederlassung der in Leipzig unter der Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt bestehenden Aktiengesellschaft, betr., eingetragen worden:

1. Die Generalversammlung vom 15. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechzig Millionen Mark, in sechzigtausend Aktien zu je eintausend Mark zerfallend, mit einer auf zweihundertzwanzig Millionen Mark bestehend, Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 15. Oktober 1921 in § 4 abgeändert worden.

2. Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestellt der Bankdirektor Kurt Wundertlich in Leipzig. 7330

Amtsgericht Eintracht, den 24. November 1921.

Auf Blatt 349 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Pulsnitzer Holzindustrie G. m. b. H. Bahnhof Pulsnitz i. Sa. in Pulsnitz betr., ist heute eingetragen worden: Der Fabrikbesitzer Georg Wenker in Ohorn und der Tischlermeister Willy Baucke in Pulsnitz sind nicht mehr Geschäftsführer. 7331

Amtsgericht Pulsnitz, am 19. Nov. 1921.

Auf Blatt 455 des Handelsregisters ist heute die Firma Papier- & Pappenindustrie, Aktiengesellschaft, mit dem Sitz in Rabenberg und weiter folgendes eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Oktober 1921 festgesetzt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel und der Betrieb aller Art von Papieren, Pappen, Papierwaren und Pappenwaren, die Herstellung von und der Erwerb an ähnlichen Unternehmungen, auch soweit solche die Herstellung solcher Artikel als Roh-, Halb- oder Fertigfabrikate betreffen, sowie der An- und Verkauf von Grundbesitz.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt eine Million Mark und zerfällt in eintausend auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark Nennwert.

Zum Vorstand ist der Kaufmann Fritz Spranger in Plauen i. Vogl. bestellt.

Alle die Gesellschaft verpflichtenden Erklärungen müssen

1. wenn der Vorstand aus einer Person besteht, entweder von dieser allein oder von zwei Prokuristen,

2. wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, entweder von zwei Mitgliedern desselben oder von einem Mitglied und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen abgegeben werden.

Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrates aus einem oder mehreren Mitgliedern. Die Bestimmung und der Widerruf derselben liegt dem Aufsichtsrat ob.

Die Besetzung der Generalversammlungen erfolgt durch Berufung im Reichsanzeiger. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

Die Aktien werden zu einem Kurs von 110 % ausgegeben.

Die Gründer der Gesellschaft sind: Eugenrat a. D. Edmund Schmidt, Direktor der Bogeländische Erzeugnisse Treuband-Aktiengesellschaft, Kaufmann Johannes W. ner, Kaufmann Richard Broder, Bankdirektor Alfred Franz, Volkswirt Kurd Wenzel, sämtlich in Plauen i. S.

Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: Bankdirektor Franz Reber, Bankdirektor G. Lindenlaub, Privatmann Hugo Herr, sämtlich in Plauen i. S.

Von den bei der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Zeichnungen, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates, kann bei dem unterzeichneten Amtsgericht Einsicht genommen werden. 7332

Amtsgericht Rabenberg, 28. Nov. 1921.

Auf Blatt 9 des Genossenschaftsregisters, die Erzeugungsgenossenschaft Jichopan, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Jichopan betr., ist heute eingetragen worden: Max Jichoman ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Der Genossenschaftsleiter Franz Traubler in Jichopan ist Mitglied des Vorstandes. 7333

Amtsgericht Jichopan, den 26. Nov. 1921.

Auf Blatt 200 des Handelsregisters, betr. die Firma Bruno Geisels Bw. in Jichopan ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. 7334

Amtsgericht Jichopan, den 26. Nov. 1921.

Auf Blatt 154 des Handelsregisters — Firma Rudolf Müller in Jochberg — ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. 7315

Amtsgericht Jwanitz, den 26. Nov. 1921.

Die Genossenschaftsversammlung hat die Beiträge für 1922 auf 10 M. für die Einheit festgelegt. Ten Mitgliedern geht noch schuldliche Rückzahlung zu. Die Beiträge sind je zur Hälfte am 1. Januar und 1. Juli, Beiträge unter 10 M. v. H. am 1. Januar 1922 fällig.

Der Vorstand der Unterhaltungs-genossenschaft für die Erde im III. Stromgebiet.

Laut Anzeige in das Einlagebuch Nr. 23400 der Sparkasse zu Oberkain-Grünthal, auf den Namen Käse lautend, abhanden gekommen.

Der etwaige Inhaber des Buches wird aufgefordert, seine Ansprüche auf das Buch zur Vermeidung des Verlustes binnen drei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung an, bei der hiesigen Sparkasse geltend zu machen, andernfalls das Buch für ungültig erklärt werden wird. 6911

Oben in Grünthal, 12. November 1921.

Der Stadtrat.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen bei der Landespolizei.

(N.) Die Landespolizeiverwaltung stellt noch junge, unverheiratete Leute ein, die Lust und Liebe zum Polizeidienst in sich fühlen und zum Schutze der Bevölkerung tüchtig und bereit sind.

Unbescholtenheit, körperliche Tüchtigkeit, Größe mindestens 1,70 m, Alter nicht über 25 Jahre, sechs Monate Frontdienstzeit, ein Jahr Militärdienstzeit, sächsische Staatsangehörigkeit oder Mitgliedschaft bei einem früheren sächsischen Truppendienst.

Krausfahrer, Pferdewegfahrer, Schneider und Schuhmacher werden besonders benötigt und es werden bei diesen, falls nicht große Abweichungen von den obigen Anstellungsbedingungen vorliegen, hinsichtlich des Alters, der Größe, des Wehrdienstes und der Front- und Militärdienstzeit unter Umständen Ausnahmen gemacht.

Die Anmeldung kann persönlich oder schriftlich erfolgen und zwar bei nachfolgenden Stellen: Dresden (Eidliche, ehemalige Jägermeister, zugleich für die Abteilung Riech), Leipzig (Kommando des ehemaligen Feldartillerieregiments 77, zugleich für die Abteilung Borna und Witzsch), Chemnitz (Kommando des ehemaligen 3. Infanterieregiments 181, zugleich für die Abteilung Borna und Witzsch), Plauen (Kommando der Landespolizei), Zwickau (Kommando der Landespolizei), Riesa (Kommando der Landespolizei).

Bei schriftlicher Anmeldung muß der Bewerber seinen Wohnort und seine Wohnung genau angeben, auch die nötigen Personalpapiere beifügen.

Die Frage des Vorkaufrechts bei Grundstücksveräußerungen.

(N.) Nach § 11 des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 20. November 1920 steht dem Grundstückseigentümer das Vorkaufrecht, die nicht im Wege der Zwangsversteigerung erlangten, in Städten mit besonderer Städteordnung der Städtegemeinden im übrigen dem Besitzverwalter, in dessen Bereich das Grundstück gelegen ist, ein gesetzliches Vorkaufrecht zu, wovon die Vorkaufberechtigten bei einer gänzlichen Veräußerung des Grundstücks Gebrauch gemacht haben. In mehreren Fällen haben nun die betroffenen Grundstückseigentümer gegen die Ausübung des Vorkaufrechts Rekurs eingelegt oder Entscheidung durch das Oberverwaltungsgericht beantragt.

Die Wirtschaftliche Vereinigung der Ärzte von Leipzig und Umgebung hat mit Rücksicht auf die ungenügende Fortschreitende Truenerung beschlossen, das Mindesthonorar für eine Beratung in der Sprechstunde auf 20 M. und für einen Besuch in der Wohnung des Kranken bei Tag auf 40 M. festzusetzen.

Der Stiftung Heimaland sind von einem sächsischen Industriellen Werke für die sächsischen Kriegsblinden 100 000 M. überwiesen worden. — Die Rücksicht auf die fortgesetzten Papierpreise und sonstigen Wirtschaftsunföhen,

welche die Existenz einer ganzen Reihe von Zeitungen ernstlich in Frage stellen, erhöhen die Leipziger Zeitungen vom 1. Dezember ab ihre Zeitungspreise, und zwar: das „Leipziger Tageblatt“ von 10 auf 12 M., die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ von 8 auf 10 M., die „Neue Leipziger Zeitung“ von 4,30 auf 6,50 M., die „Leipziger Abendpost“ von 4 auf 6,50 M.

Die Wohnungsnot hat im Laufe dieses Jahres eine weitere Verschärfung erfahren. Am 1. April d. J. waren beim sächsischen Wohnungsnachweis rund 9500 wohnungssuchende Familien vorgemerkt. Am 1. Oktober betrug diese Zahl 11 700, wovon 4000 so notdürftig untergebracht sind, daß ihnen baldigst eine Wohnung zugewiesen werden muß.

Chemnitz. Der Landesverband Sachsen im Bunde deutscher Mietervereine hielt hier am Sonntag seinen 2. außerordentlichen Verbandstag ab. Der Bundesvorsitzende Herrmann-Tresden erläuterte den Jahresbericht, in dem die Ziele der Mieterbewegung dargelegt wurden. Bundesleiter Seidler-Tresden behandelte das Thema „Grund und Feuer“ mit besonderer Hervorhebung der Abgabe für den Wohnungsbau. Der zweite Bundesvorsitzende, Rechtsanwalt Groß-Tresden, sprach eingehend über die Mietergesetzgebung. Anschließend fand im großen Saale des Kaufmännischen Vereinsauf eine große öffentliche Mieterkundgebung statt, in der wieder die Herren Herrmann und Seidler über die Ziele der Mieterorganisation bez. über die Lösung der Wohnungsfrage sprachen. Hr. Dietrich-Berlin erläuterte das neue Reichsrentengesetz und die Mieterkündigungsgesetze. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die unbedingte Aufrechterhaltung und der zeitgemäße Ausbau der Mietraum-Zwangswirtschaft und des Mieterrechtes gefordert wurde. Weiter heißt es darin, daß der Spekulation mit Grund und Boden und mit Mietzählern sofort durch einschneidende Maßnahmen ein Ende gesetzt werden müsse, ebenso dem Wucher bei der Baukosten-erzeugung und dem Baukostenandel. Die bisherige Wohnungswirtschaft müsse zur Gemeinwirtschaft umgestaltet werden.

Wittweida. In der Stadtverordnetenversammlung zu Wittweida wurde mitgeteilt, daß dem Stadtrat wegen einer sorgfältigen Hilfe für die Arbeiterrentner Verhandlungen mit den dortigen Industriellen gepflogen worden seien, die gebeten wurden, aus ihren beträchtlichen Überschüssen der Stadt für die Zwecke der Rentnerhilfe einen Betrag (ausgerechnet hatte man 150 000 M.) zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitgeberorganisation machte aber ihre Hilfe von der Leistung einer Überstunde seitens der Arbeiter zu dem gleichen Zwecke abhängig, was von den Arbeitern abgelehnt wird, da sie bereits eine eigene Sammlung für die Arbeiterrentner in die Wege geleitet haben. Da dringende Hilfe nottut, haben die Stadtverordneten trotz der Finanzkalamität beschließen, vorläufig 20 000 M. zu Hilfsmaßnahmen für die Arbeiterrentner bereitzustellen.

Knaack. Es ist von jeher das Bestreben der staatlichen und privaten Zahnärzten gewesen, den in ihnen untergeordneten bedauerndwerten Geschäftsführern, die noch nicht alle zeitlichen Beziehungen zum Umwelte verloren haben und für sich Endernde empfindlich gelieben sind, durch künstliche, insbesondere musikalische Darbietungen Licht in das graue Eimerlein des Alltagslebens zu bringen und damit gleichzeitig auch den Beamten und Angestellten, die den schweren Beruf, diese Kranken zu betreten, als Lebensaufgabe auf sich genommen haben, eine geistige Erholung zu bereiten. Kürzlich hatten Frau Elsa Bartsch und Fr. P. Ernst sich für den guten Zweck in ungenügender Weise zur Verfügung gestellt. Frau Bartsch sang Schubertlieder, dann Werke

von Brahms, und entzückte schließlich ihre Zuhörer mit Vorträgen von Volksliedern, die den ganzen Zauber dieses lieblichen Kindes der Volkstümlichkeit ausströmten. Hr. Ernst trat zunächst die beiden deutschen Brahms'schen Klavierkonzerte dar und spielte dann, welche musikalischen Schätze wir in einem Schubert'schen F-moll-Improvisum und einem Chopin'schen Walzer haben. Der Aufführung wohnten Hr. Kinderlehrer v. Pflug mit verschiedenen Beamten des Ministeriums des Innern bei.

Hallenstein. Bei der Kartoffelbewirtschaftung ist heinerzeit der Stadt-Hallenstein durch Schwund usw. ein Fehlbetrag von 165 408 M. entstanden, der aus Anleihemitteln gedeckt werden soll.

Sport.

Turnen.

Nach einer außerordentlichen Vorturnerstunde, die u. a. interessante Reulenkunst (geleitet vom Oberturnwart Schwarz) der Sächsischen Turnerschaft) brachte, fand am 27. d. M. abends die Wahlversammlung der Vorturnerschaft der Allgemeinen Turnerschaft Sal. Die Amtsliste für 1922 wurde wie folgt besetzt: Vorkämpfer Oskar Müller, Stellvertreter Erich Schumann; Christwart Arthur Herrmann, Stellvertreter Albert Dietrich; Kassier Paul Hähnel; Oberturnwart Paul Heibig, Stellvertreter Hans Dieckow.

Land- u. Forstwirtschaftliches.

(N.) Die Beschaffung der Pferde, die früher in Sachsen niemals vorkommen ist, herrscht seit Mitte dieses Jahres vornehmlich in den Amtshauptmannschaften Riesa und Borna. Zur wirksamen Bekämpfung dieser für die sächsische Pferdezucht höchst nachteiligen Sache hat das Wirtschaftsministerium durch Verordnung vom 20. Oktober 1921 (Sächs. Gesetzblatt S. 347) verschärfte Bestimmungen erlassen, die den Besitzern von Nachzuchtstuten in den durch die Sache besonders gefährdeten Gebieten von den Amtshauptmannschaften zugestimmt werden. In diesen Gebieten sind die Nachzuchtstuten, die u. a. auch den Handel und den Verkehr mit Pferden betreffen, auch manche nicht unmittelbar betrafte Kreise angehen, so wird hiermit auf die Verordnung besonders hingewiesen. Sie ist außer von der Präfektur von C. C. Reichold & Söhne in Dresden auch durch die Präfektur von C. Heinrich in Dresden-Neustadt zu beziehen.

Wirtschaftliches.

Ein Leipziger Messerfall.

Die Deutsche Leinwand-Industrie stellt im Auftrag des Reichsanwalts für die Musterheften in Leipzig für Werbestecke im In- und Ausland einen offiziellen Messerzettel her. Der Fall wird eine Übersicht über die Entwicklung der Messe und über ihre augenblickliche Bedeutung als internationaler Warenmarkt geben und dem Einkäufer alles das vor Augen führen, was auf der Leipziger Messermesse angeht.

Rain. 28. November. Wie die Handelskammer mitteilt, wird in einer dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete zugegangenen Note der internationalen Rheinabkommenskommission zwei-fach festgestellt, daß auch im besetzten Gebiete die Erhebung besonderer Zuschläge bei Verkäufen an Ausländer zulässig sei, soweit es sich nicht um Angehörige der alliierten Armeen und der Rheinabkommenskommission oder um ihnen zugehörige Personen und Familienangehörige handle, die sich als solche ausweisen.

Ämtliche Berliner Kurse vom 28. November. 5% Deutsche Reichsanleihe 77,75, 4% Deutsche Reichsanleihe 77,75, 3% Deutsche Reichsanleihe 70,00, 3% Deutsche Reichsanleihe 63,50, 4% Preussische

Table with financial data including bonds, stocks, and exchange rates. Columns include instrument names and values.

Geschäftliches.

Samtern galt während des Krieges mit Recht als unverwundlich, weil alle Produktion auf deutsche beschränkt war und der „Samter“ also seinen Wertbürgern das für den Augenblicks Notwendigste Unentbehrliche vorzuzugabe. Heute liegt die Lage anders. Einerseits kann wieder unendlich viel produziert werden, andererseits gewinnt die schlechte Qualität jeden sorgsam Hausvater oder oberste voranschauende Kaufmann. Waren, die doch über längere oder lang beschafft werden müssen, schon vorzeitig einzukaufen, um dadurch Geld zu sparen. Nun, auf jeden Weihnachtsabend gehört Schokolade. Man soll aus dem angeführten Grunde also mit dem nötigen Einkauf nicht bis in die letzten Tage vor dem Feste warten, sondern schon jetzt Schokolade kaufen. Es ist für jeden Deutschen ganz selbstverständlich, daß er keine ausländischen Schokoladen kauft, weil er dadurch das Vaterland verschimmern hilft, sich also ins eigene Fleisch schneidet. Er wird es aber um so weniger tun, weil unsere führenden inländischen Schokoladen den ausländischen durchaus gleichwertig sind. Unzweifelhaft ist das der Fall bei den Erzeugnissen der altbekannten Firma „Fegold & Kahlhorn v. G.“ in Dresden, so z. B. bei der berühmten Marke „Deutscher Meister“, sowie bei der von manchen vorgezogenen „P. A. Ritter-Schokolade“. Für den Gebildeten des Weihnachtsfestes eignet sich besonders gut auch die aus feinsten, leichtschmelzenden Speise-Schokolade mit besten Haselnüssen gearbeitete „Ritter-Schokolade“ der genannten Firma. Von Schokoladen-Dezerten haben die beiden Marken „Rigoletto“ und „Jungfer“ sich zu Liebhabern der Damen gemacht, während die unter Verwendung besten holländischen und dänischen Vollmilchpulvers hergestellte, außerordentlich wohlschmeckende und nahrhafte „Vollmilch-Schokolade“ bei Damen und Herren, bei Jung und alt gleich beliebt ist. Fast noch wichtiger als das Schokolade-Samtern ist das Einreden mit „Kaffee“, wenn man an diesen nahrhaften, stärkenden und wohlschmeckenden Lakonart gewöhnt ist. Daß die Kaffeepreise binnen kurzem gewaltig in die Höhe schnellen werden, weiß alle Welt. Darum also warten, bis man die teuren Preise bezahlen muß? Der Deutsche Meister-Kaffee von Fegold & Kahlhorn wird aus echten Hochalpenbohnen hergestellt.

Crescer Eörse, 28. November 1921.

Table of market prices for various commodities like flour, oil, and other goods. Columns list item names and prices.

Table of market prices for various commodities like flour, oil, and other goods. Columns list item names and prices.

Table of market prices for various commodities like flour, oil, and other goods. Columns list item names and prices.

Table of market prices for various commodities like flour, oil, and other goods. Columns list item names and prices.

Die den einzelnen Wertpapieren vorgelegte Siftern bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentfüße oder letzten Dividenden. † Bonn.